

## Die Geschichte des Märkischen Gymnasiums Hamm von 1867 bis 1992

von Dr. Andreas Müller

Ob Pflanze, Mensch, Werkzeug, Stein, Idee oder Begriff: Nichts und niemand in Natur und menschlicher Gesellschaft ist ohne Geschichte. Ebenso gilt für Lebewesen, Dinge und Abstrakta, dass Gegenwart und Zukunft, die mit der Vergangenheit ein untrennbares Kontinuum bilden, das Resultat ihres jeweils einzigartigen und unabänderlichen Herkommens sind. Selbstverständlich treffen diese Feststellungen auch auf Einrichtungen wie Schulen zu. Die Vergewärtigung der Geschichte einer Schule durch die Menschen, die unmittelbar zur Schulgemeinschaft gehören bzw. zu dieser in direkter Verbindung stehen, dient dabei auch hier der Vergewisserung der eigenen Identität und der Orientierung hinsichtlich des Weges in kommende Zeiten. Dass diesbezüglich auch die schlichte Neugierde, die man früheren Ereignissen, Entwicklungen und Schicksalen an einer vertrauten Bildungseinrichtung entgegenbringt, eine Rolle spielt, ist natürlich legitim. Dennoch ist die Beschäftigung mit der Vergangenheit einer Schule sicherlich mehr als etwas, das vorzunehmen im Zusammenhang mit wiederkehrenden Jubiläen als obligatorisch angesehen wird. Sie wirft bezüglich der Schule vielmehr Fragen nach ihrem Wesenskern und ihrer künftigen Ausrichtung auf, die zum Festhalten an Bewährtem auffordern bzw. fruchtbare Diskussionen auszulösen vermögen.

Die bisherige Geschichtsschreibung zum Märkischen Gymnasium Hamm und seinen Vorläufern litt darunter, dass ein großer Teil der Archivalien und Zeugnisse, die über seine Vergangenheit hätten Auskunft geben können, insbesondere während des Zweiten Weltkrieges verlorengegangen sind. So wurden

im Zuge der schweren Bombardierungen Hamms viele Unterlagen, die in der Schule selbst untergebracht waren, solche, die im Archiv der Hammer St-Agnes-Gemeinde, in deren Umfeld die Schule entstanden war, lagerten, und Akten des Schulträgers, die im Stadtarchiv verwahrt wurden, vernichtet. Umso anerkennenswerter ist es daher, dass für die Festschriften zum 100- und 125-jährigen Bestehen der Schule Beiträge angefertigt wurden, denen es gelang, unter Hinzuziehung des greifbaren Informationsmaterials die Geschichte des Instituts in wesentlichen Zügen nachzuzeichnen. Für die erstgenannte Festgabe sind dabei vor allem die vom Hammer Zeitungsredakteur und Heimatforscher Friedrich Johannes Wienstein sowie den im Ruhestand befindlichen, früher an der Schule unterrichtenden Studienräten Dr. Franz Hollenhorst und Wilhelm Ellbracht verfassten Teile zur Geschichte der Schule zu nennen, für die zweite der von Joachim Letz – damals am Märkischen Gymnasium tätiger Lehrer – geschriebene Beitrag „100 Jahre Geschichte des Märkischen Gymnasiums in Hamm. Unsere Schule und historische Wurzeln“. Von Bedeutung sind darüber hinaus eine Schrift, die 1912 anlässlich des 400-jährigen Bestehens der St.-Agnes-Kirche veröffentlicht und 2014 als Reprint neu aufgelegt wurde, sowie eine vom ehemaligen Schüler Dieter Corzilius angefertigte 1. Staatsarbeit mit dem Titel „Geschichte des heutigen Märkischen Gymnasiums in Hamm, 1867-1951. Ein Beitrag zur Schulgeschichte der Stadt Hamm“, die ihr Verfasser maschinenschriftlich im Jahr 1977 an der Universität Münster vorlegte. Der vorliegende Beitrag stützt sich im Wesentli-

chen auf die Erkenntnisse, die sich mittelbar oder unmittelbar den genannten Schriften entnehmen ließen, und ergänzte diese um weitere Informationen, um so aus der Perspektive des Jahres 2017 ein Bild der Geschichte des Märkischen Gymnasiums zu entwerfen.

Die Schule, die heute das Märkische Gymnasium Hamm ist, trug zum Zeitpunkt ihrer Gründung weder diesen Namen, noch war sie dieser Schulform zuzurechnen. Vielmehr entstand sie im Jahr 1867 als katholische Rektoratsschule in privater Trägerschaft. Bei der Rektoratsschule handelte es sich um einen Schultyp, der sich im 19. Jahrhundert entwickelt hatte, um im Kontext steigender Bildungsanforderungen und einer sich ständig diversifizierenden Bildungslandschaft einen Platz zwischen Realschule und Gymnasium einzunehmen. Wie Realschulen führten Rektoratsschulen nicht zur Hochschulreife, umfassten aber die ersten zwei bis fünf Jahre eines Gymnasiums, um gegebenenfalls dessen Besuch anzubahnen. Die Initiative zur Einrichtung dieser Schule ging von der katholischen St.-Agnes-Gemeinde aus. Dies war zur damaligen Zeit nicht ungewöhnlich, da Bildung über Jahrhunderte hinweg vor allem in der Verantwortung der Kirche gelegen hatte und sich erst im Laufe des 19. Jahrhunderts der moderne Anstaltsstaat anschickte, diesen immer bedeutender werdenden gesellschaftlichen Sektor seiner Verfügungsgewalt zu unterwerfen. Der damalige Gemeindepfarrer Matthias Bellmann, der für sein karitatives Engagement in der ganzen Stadt bekannt war, machte zuerst 1863 den Vorschlag zur Gründung einer Schule, die insbesondere für Kinder aus bürgerlichen Familien gedacht war. Diesem Vorstoß war zunächst kein Erfolg beschieden, da die notwendigen Räumlichkei-

ten nicht zu Verfügung standen. Unterstützt durch die Gemeindeglieder setzte Pfarrer Bellmann seine Bemühungen jedoch fort, bis im Jahr 1867 die königliche Regierung in Arnberg – heute die Bezirksregierung Arnberg – eine auf den 21. August datierte Konzession zur Errichtung einer von der Gemeinde getragenen Privatschule gewährte.

Hintergrund der Schulgründung waren allen voran die epochalen sozioökonomischen Umwälzungen der Industrialisierung und des demographischen Wandels, die gerade auch die Stadt Hamm sowie die Zahl und Zusammensetzung ihrer Einwohnerschaft, insbesondere im Übergang zum 20. Jahrhundert, grundlegend veränderten. Die 1226 von Graf Adolf I. von der Mark mit Stadtrechten ausgestattete Stadt Hamm war über Jahrhunderte hinweg Teil der Grafschaft Mark gewesen, eines mittelgroßen Territoriums, das gemeinsam mit zahlreichen anderen kleineren und größeren Herrschaftsgebilden das Alte Reich bildete, das vom Kaiser zusammengehalten wurde und über sieben Jahrhunderte hinweg bestand. Auch nachdem die Grafschaft Mark im 17. Jahrhundert an das aufstrebende Kurfürstentum Brandenburg gekommen war und damit seine preußische Zeit begonnen hatte, verblieb Hamm zunächst im Status einer Landstadt, die – wie die weitaus meisten Städte in der Vormoderne – eine überschaubare Bevölkerungszahl und einen eher ländlich-provinziellen Charakter besaß. Daran änderte sich im Wesentlichen auch nichts, als Hamm im Laufe der Zeit Garnisonsstadt sowie Standort preußischer Verwaltungs- und Justizbehörden wurde.

Einen tiefgreifenden Einschnitt für Hamm stellte dann aber das Maschinenzeitalter dar, dass von einer regelrechten Bevölkerungsexplosion und dem geradezu unaufhaltsamen Aufstieg von

Schwer- und Leichtindustrie bestimmt war. So wuchs ab etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts die Bedeutung metallverarbeitender Unternehmungen in Hamm stetig. Beginnend mit den 1880er Jahren setzte zudem die industrielle Kohleförderung ein, weshalb in und um Hamm mehrere Zechen entstanden. Hinzu kam, dass Hamm sich nun zu dem zentralen Eisenbahnknotenpunkt entwickelte, der es bis heute geblieben ist.

Unabdingbare Voraussetzung der Industrialisierung war der Bevölkerungsanstieg, der bereits im 18. Jahrhundert innerhalb der ländlichen Unterschicht eingesetzt hatte. Auch die Industriebetriebe in Hamm hatten einen enormen Bedarf an Arbeitskräften und griffen zu dessen Deckung auf arbeitssuchende Menschen vor allem aus den katholischen Teilen Westfalens zurück. Hamms Bevölkerung wuchs nun, insbesondere an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, rasant: Lebten in der Stadt – wohlgeachtet vor den großen kommunalen Gebietsreformen der 1960er und 1970er Jahre, in deren Zuge das Gebiet der kreisfreien Stadt erheblich erweitert wurde – 1818 4.878 Einwohner, so waren es 1858 10.410, 1871 17.272, 1885 22.941 und 1925 51.073 Menschen. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass sich nun auch die konfessionelle Verteilung innerhalb der Bevölkerung stark verschob. War die ganz überwiegende Mehrheit der Einwohner Hamms bis dahin protestantisch gewesen, so nahm jetzt der Anteil der katholischen Bevölkerung binnen relativ kurzer Zeit rapide zu. Auf Seiten der Katholiken in Hamm, namentlich in der St.-Agnes-Gemeinde, entstand dabei der Wunsch nach der Einrichtung einer Schule, die katholischen Jungen den Erwerb höherer Schulabschlüsse ermöglichte, da dies entsprechende Elementar- und Volksschulen

nicht vermochten und das höhere Schulwesen Hamms, allen voran das bereits 1657 gegründete staatliche Gymnasium Hammonense, einen dezidiert protestantischen Charakter besaß.

Als am Montag, dem 7. Oktober 1867, in der Rektoratsschule der Schulbetrieb aufgenommen wurde, stand ihr als erster Rektor mit Heinrich Lohre ein Priester vor, was für diesen Schultyp durchaus charakteristisch war. Ihm zur Seite standen drei weitere Lehrkräfte, die zunächst 68 Schüler unterrichteten. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern war damit ein relativ günstiges, hält man sich vor Augen, dass im 19. Jahrhundert nicht selten auf einen Lehrenden mehrere Dutzend Schüler kamen. Die ersten vier Jahrgangsstufen der neuen Rektoratsschule entsprachen den ersten vier Jahrgängen des Gymnasiums, unterrichtet wurde demzufolge in einer Sexta (heute Klasse 5), einer Quinta (heute Klasse 6), einer Quarta (heute Klasse 7) und einer Untertertia (heute Klasse 8). Die Schaffung einer Rektoratsschule lässt dabei Rückschlüsse auf das Milieu zu, aus dem sich in den folgenden Jahrzehnten die Schülerschaft vornehmlich rekrutieren sollte, nämlich die katholische untere Mittelschicht der Stadt. Nicht umsonst war der Typ der Rektoratsschule in den stark industrialisierten Teilen der preußischen Rheinprovinz und der preußischen Provinz Westfalen besonders stark vertreten.

Auch die genannte Schulkonzession gibt einen Hinweis auf das soziale Umfeld, in dem die Rektoratsschule entstand, sollen diesem Dokument zufolge die Schüler doch „in der Religion, Welt- und besonders vaterländischen Geschichte, Geographie, Naturlehre, im Rechnen besonders geschäftlichen Rechnen, Schreiben, Zeichnen, Gesang

und in der lateinischen und französischen Sprache“ unterwiesen werden. Auffallend ist ferner die in der Konzession gemachte Bemerkung, gedacht sei die Schule „für Kinder katholischer Eltern oder solche Kinder, welche nach dem schriftlich erklärten Willen ihrer in gemischter Ehe lebenden Eltern in der katholischen Confession erzogen werden sollen“.

Mit Letzterem waren Kinder gemeint, die einen katholischen und einen protestantischen Elternteil besaßen. Der Passus ist ein deutlicher Hinweis darauf, welchen herausragenden Stellenwert konfessionelle Fragen gerade zur damaligen in der Gesellschaft an sich, vor allem aber auch auf dem Gebiet der Bildung einnahmen. Unter anderem der Anspruch der katholischen Kirche, auf ihrem unbedingten religiösen Erziehungsanspruch auch gegenüber Nachkömmlingen aus gemischtkonfessionellen Eheverbindungen zu bestehen, führte in den 1870er und 1880er Jahren zu einer mit Erbitterung geführten Auseinandersetzung zwischen preußischem Staat bzw., nach der Reichsgründung 1871, preußisch dominiertem Kaiserreich einerseits und katholischer Kirche andererseits. In die deutsche Geschichte ist dieser Konflikt unter der Bezeichnung „Kulturkampf“ eingegangen. Ein ebenfalls besonders umstrittenes Thema war ferner die Zivilehe, doch ging es im Kern um die Frage nach der Trennung von Staat und Kirche bzw. die Frage, welcher dieser beiden Instanzen im Leben reichsdeutscher Katholiken der Vorrang zukam.

Vor diesen Hintergründen erscheint es durchaus möglich, dass sich dem Versuch, in Hamm eine katholische Rektoratsschule, wäre er einige Jahre später erfolgt, durchaus wesentlich größere Hürden in den Weg gestellt hätten. Sicher ist indes, dass sich die Schule trotz

ihrer katholischen Ausrichtung schon sehr früh auch für protestantische Schüler zu öffnen versuchte. Ein entsprechender Antrag wurde von der Schule 1874 gestellt, von der Königlichen Regierung in Arnberg aber abschlägig beschieden. Ungeachtet dessen ist allerdings zu beobachten, dass in der Folge in der Schülerschaft auch Kinder protestantischen Bekenntnisses vertreten waren.

Es kann nur darüber spekuliert werden, ob auch konfessionelle Gegensätze eine Rolle spielten, als im Jahr 1905 sowohl die Königliche Regierung in Arnberg als auch die Stadt für eine Schließung der Rektoratsschule plädierten. Zurückzuführen war dieses Ansinnen darauf, dass eine in dieser Zeit von der Schulaufsicht durchgeführte Revision des Lehrpersonals unbefriedigend ausfiel. Hinzu kam, dass sich die Schule inzwischen einer verstärkten Konkurrenz gegenüber sah, wobei insbesondere die 1899 geschaffene städtische Realschule, die 1908 zur Oberrealschule wurde und den Vorläufer des heutigen Freiherrvom-Stein-Gymnasiums darstellte, zu nennen ist. Und schließlich ist ein Problem zu nennen, das von ihrer Gründung bis in die jüngere Vergangenheit der Schule ihr nahezu ständiger Begleiter war: akute Raumnot.

Das Gebäude, das die Rektoratsschule 1867 in der Brüderstraße bezogen hatte, war ursprünglich im Jahr 1849 von der St-Agnes-Gemeinde gekauft worden. Dort wurde das noch heute existierende Marien-Hospital eingerichtet, das jedoch bereits 1850 seinen Standort wechselte. Anschließend wurde die Immobilie zunächst als Wohnhaus vermietet, um dann 1860 an den katholischen Gesellenverein veräußert zu werden, der es als Vereinshaus nutzte. Dieser stellte das Haus ab 1867 der Gemeinde für die Unterbringung der Schule zu Verfügung,

wobei sich diese das Gebäude jedoch noch mit anderen Nutzern teilen musste. Nachdem sich der Gesellenverein eine neue Bleibe gesucht und das Gebäude 1876 wieder an die St.-Agnes-Gemeinde verkauft hatte, stand es nun ausschließlich der Schule zur Verfügung. Doch konnte auch dies die Schwierigkeiten nicht beseitigen. Das an der Ecke Brüderstraße/ Franziskanerstraße gegenüber der St.-Agnes-Kirche gelegene Gebäude mit der Adresse Brüderstraße 272/273 – ab 1882 Brüderstraße 46 – konnte, auch für damalige Verhältnisse, den erforderlichen Ansprüchen bezüglich Unterbringung und Einrichtung einer Schule in keiner Weise genügen. So wurden die Schüler in viel zu kleinen Räumen unterrichtet, da diese ursprünglich Wohnzwecken dienten. Die 1905 von den Behörden und auch der Stadt geäußerte Absicht, die Schule aufzugeben, löste nun jedoch, unterstützt vom damaligen Gemeindepfarrer Albin Sandhage, unter den Mitgliedern der St.-Agnes-Gemeinde entschiedene und nicht nachlassende Proteste aus. Von Seiten der Gemeinde bot man nun an, einen Neubau des Schulgebäudes zu stemmen und die Schule zukünftig auf eigene Kosten mit mehr Lehrkräften auszustatten. Die Behörden stimmten diesem Vorschlag nun unter der Auflage, dass sich die Qualität des Unterrichts bessern müsse, zu. Tatsächlich fielen die Beurteilungen der Unterrichtenden im Anschluss an eine erneute Überprüfung des Lehrkörpers im Jahr 1907 nun wesentlich positiver aus. Darüber hinaus wurde umgehend mit einem Neubau am alten Standort begonnen, der im April 1907 mit einer Feier eingeweiht werden konnte. Zwischenzeitlich war dabei der Unterricht in die nahegelegene Gewerbeschule verlegt worden. Neben diversen anderen erforderlichen Räumen verfügte die Rektoratsschule nun auch über

vier reguläre Klassenzimmer. Spenden der Gemeinde und der Königlichen Regierung in Arnberg machten es ferner möglich, die Ausstattung der Schule zu ergänzen. Dabei ist wohl Joachim Letz Recht zu geben, wenn er in seinem Beitrag zur Schulgeschichte in der Festschrift zu deren 125-jährigen Bestehen das Einlenken der Behörden mit dem großen Bergarbeiterstreik von 1905 in Verbindung bringt. Angesichts der Schlagkraft, die die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung in diesem Jahr zum zweiten Mal nach 1889 im Ruhrgebiet unter Beweis stellte, erschien es der Obrigkeit wenig ratsam, ein Verhalten zu zeigen, das von Teilen der Bevölkerung als Provokation aufgefasst werden konnte.

Recht wenig ist über die Geschichte der Schule in der Zeit des Ersten Weltkrieges (1914-1918) bekannt. Typisch ist, dass auch die Schüler der Rektoratsschule in dieser Zeit bemüht waren, in Anbetracht des harten Schicksals der Frontsoldaten einen patriotischen Beitrag zu leisten, indem sie zu Gunsten der Kämpfenden Geld- und Sachspenden sammelten. Im Jahr 1917 beging die Schule ihr 50-jähriges Jubiläum, das aufgrund der zunehmenden Schwere der Zeiten aber lediglich in bescheidenem Rahmen mit einer Messe in der St.-Agnes-Kirche gefeiert wurde.

Im Anschluss an das Kriegsende und den Übergang Deutschlands von der Monarchie zur Republik sah sich die Schule nach 1905 zum zweiten Mal einer sehr schwierigen Situation gegenüber. Die Ursache dafür ist unter anderem darin zu sehen, dass die Zahl der Schüler in dieser Zeit geradezu sprunghaft stieg. Hatte jene um die Jahrhundertwende noch in etwa bei der des Gründungsjahres gelegen, stieg sie – bei gelegentlichen Schwankungen – im Jahr 1908 erstmals

auf über 100 an, um dann im fortgesetzten Verlauf des Ersten Weltkrieges rapide zuzunehmen, bis sie im Jahr 1922 bei ca. 340 lag. Damit hatte sich die Anzahl der Unterrichteten in weniger als einem Vierteljahrhundert annähernd verfünffacht. Tatsächlich war die Hammer Rektoratsschule zu Anfang der 1920er Jahre in den beiden westlichen preußischen Provinzen die größte ihrer Art. Diese Entwicklung konnte zwar zweifelsohne als Folge der gelungenen Arbeit angesehen werden, die damals an der Rektoratsschule offenbar geleistet worden sein muss, stellte den Schulträger, also die Gemeinde, jedoch vor kaum lösbare Probleme. So war zum einen der 1907 errichtete Schulneubau nicht im Entferntesten auf eine solche Menge an Schülern angelegt, zum anderen wurde es der St.-Agnes-Gemeinde nahezu unmöglich, unter diesen Umständen den finanziellen Unterhalt des Schulbetriebs sicherzustellen. Verschärft wurde Letzteres noch durch die schweren wirtschaftlichen Verwerfungen, unter denen die noch junge Weimarer Republik litt.

Von ihrem Beginn an war die Rektoratsschule nicht allein durch Beiträge der Gemeinde bzw. auch der Diözese Paderborn, sondern auch durch Schulgeld, das die Eltern pro Schuljahr zu entrichten hatten, finanziert worden. So wurde etwa im Jahr 1907 das Schulgeld von 80 auf 100 Mark angehoben. Hält man sich vor Augen, dass dieser Betrag – grob geschätzt – mehr als die Hälfte des Monatslohnes eines damaligen Arbeiters ausmachte, wird deutlich, wie viel sich Familien die fundierte Schulausbildung ihrer Kinder Kosten ließen und wie hoch die daraus resultierende Belastung war. Im Übergang zu den 1920er Jahren versuchte die Gemeinde nun durch Erhöhungen des Schulgeldes eine Verbesserung der Lage herbeizuführen. Zugleich kaufte man ein in der Nähe der Schule

befindliches Haus (Franziskanerstraße 4) und ließ es für Unterrichtszwecke umbauen. Doch fruchteten diese Maßnahmen auf Dauer nicht.

Aus Sicht der Gemeinde gab es nur eine realistische Lösung: Die Schule musste von privater in öffentliche Trägerschaft überführt werden. Sorge um eine Auflösung der Schule machte man sich nicht, dokumentierten doch die hohen Schülerzahlen mehr als deutlich ihre Daseinsberechtigung. Im Jahr 1920 unterbreitete somit die Gemeinde der Stadt den Vorschlag, die Schule in ein städtisches Realgymnasium umzuwandeln, an dem weiterhin ausschließlich katholische Lehrkräfte unterrichten sollten, um den hergebrachten Charakter dieser Schule zu bewahren. Die Entstehung von Realgymnasien in der deutschen Schullandschaft des 19. Jahrhunderts ist vor dem Hintergrund der damals erfolgenden Differenzierung zwischen mittlerem und höherem Schulwesen sowie der Herausbildung mehrerer höherer Schulformen zu sehen. So traten neben die altsprachlich-humanistischen nun neusprachliche und mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasien, die insbesondere auf Studiengänge vorbereiten sollten, die auf die durch die Industrialisierung gewandelten Anforderungen der Berufswelt abgestimmt waren. An Realgymnasien wurden dabei mindestens zwei oder mehr moderne Fremdsprachen unterrichtet – in der Regel Französisch und Englisch –, während an den Oberrealschulen Mathematik und Naturwissenschaften einen besonderen Stellenwert einnahmen. Ab 1900 wurde in Preußen – bei gewissen Einschränkungen – der Abschluss von Realgymnasium und Oberrealschule dem des Gymnasiums gleichgestellt.

Die von der Gemeinde vorgebrachte Idee wurde jedoch von der Stadt abgelehnt, da diese sich finanziell zur Übernahme der Schule nicht in der Lage sah. Nicht auszuschließen ist dabei auch, dass die Forderung nach einer weiterhin katholischen Ausrichtung der Schule Unwillen hervorrief. Andererseits stimmten die Vertreter der Stadt mit denen der St.-Agnes-Gemeinde darin überein, dass hinsichtlich der Situation der Schule dringender Handlungsbedarf bestand. In den folgenden Beratungen zwischen Gemeinde, Stadt Hamm und Schulaufsicht wurde zwischenzeitlich

suchten. Nachdem das Kollegium erfolgreich einer Revision unterzogen worden war, erfolgte somit zum 1.4.1922 die Umwandlung der Rektoratsschule in ein städtisches Realgymnasium i.E. (in Entwicklung) bzw. ein Realprogymnasium. Realprogymnasium meinte hierbei eine Schulform, der im Unterschied zum Realgymnasium die Unter- und Oberprima fehlte, an der also nicht per Reifeprüfung die Zugangsberechtigung zu Hochschulen erworben werden konnte, für die jedoch die Aussicht bestand, in absehbarer Zeit zum Realgymnasium heraufgestuft zu werden. Da sich die Schule nun



*Das Schulgebäude in der Hohen Straße Ende der 1920er Jahre.*

erwogen, die Rektoratsschule mit dem staatlichen Gymnasium zusammenzuführen, doch wurde dieser Gedanke rasch wieder verworfen. Schließlich einigte man sich doch darauf, die Schule in ein von der Stadt getragenes Realgymnasium umzuwandeln, wobei sie nun ausdrücklich auch nichtkatholischen Schülern offenstehen sollte. Indes legte man damit etwas fest, was längst Realität war. So lässt sich feststellen, dass 1920 annähernd so viele protestantische wie katholische Kinder die Schule be-

nicht mehr in privater Trägerschaft befand, konnte auch der Schulleiter nicht mehr Geistlicher sein. Mit dem geänderten Status erhielt die Schule deshalb in Person von Dr. Stephan Heibges 1922 auch einen neuen Rektor. Dieser übte seine Funktion zwar nur zwei Jahre aus, stellte in dieser Zeit aber anscheinend sehr erfolgreich die Weichen für die Umwandlung der Schule in ein Realgymnasium. Deutlich Hinweise darauf sind, dass diese Umwandlung – nach erneuten Revisionen der Lehrer und nun auch der Schüler – bereits 1924 stattfand

und Heibges nun zum Schulleiter des renommierten Gymnasiums Theodorianum in Paderborn berufen wurde. Die Schule wurde nunmehr ab dem Schuljahr 1924/25 um die Jahrgänge Obersekunda (heute 11. Klasse), Unterprima (heute 12. Klasse) und Oberprima (heute 13. Klasse) ergänzt. Im Jahr 1927 konnte somit das Realgymnasium seinen ersten 11 Abiturienten zur bestandenen Reifeprüfung gratulieren.

Dass sich nun die Schule von der ursprünglichen Rektoratsschule zu einem Realgymnasium entwickelt hatte – ein nicht untypischer Vorgang – war nicht zuletzt auch dem außerordentlichen Einsatz von Gemeinde, Kollegium und Eltern zu verdanken. Nach wie vor bestand jedoch das Problem der Raumnot. Neben dem Gebäude in der Franziskanerstraße war die Schule zu dieser Zeit gezwungen, auf weitere Ausweichquartiere im Stadtgebiet zurückzugreifen.

Als Glücksfall erwies sich nun, dass 1925 das Lyzeum der Stadt Hamm, also die höhere Mädchenschule, von seinem 1899 gebauten Schulgebäude (Hohe Straße 71) in das im Ersten Weltkrieg errichtete Gebäude des katholischen Volksschullehrerseminars (Am Beisenkamp 1), welches inzwischen aufgegeben worden war, umsiedelte. Das Realgymnasium kam nun vollständig in dem ehemaligen Schulgebäude des Lyzeums unter und verblieb dort, mit kriegsbedingten Unterbrechungen zwischen 1944 und 1951, bis 1973. Ab 1927 erfolgten ferner Umbau und Renovierung der neuen Heimstätte, um diese dem Bedarf der Schule anzupassen. Seinen Abschluss fand dies 1929 mit der Fertigstellung einer Aula, die 400 Menschen Platz bot und unter der die Turnhalle der Schule untergebracht war.

In der Rückschau scheinen insbesondere die späteren Jahre der Weimarer

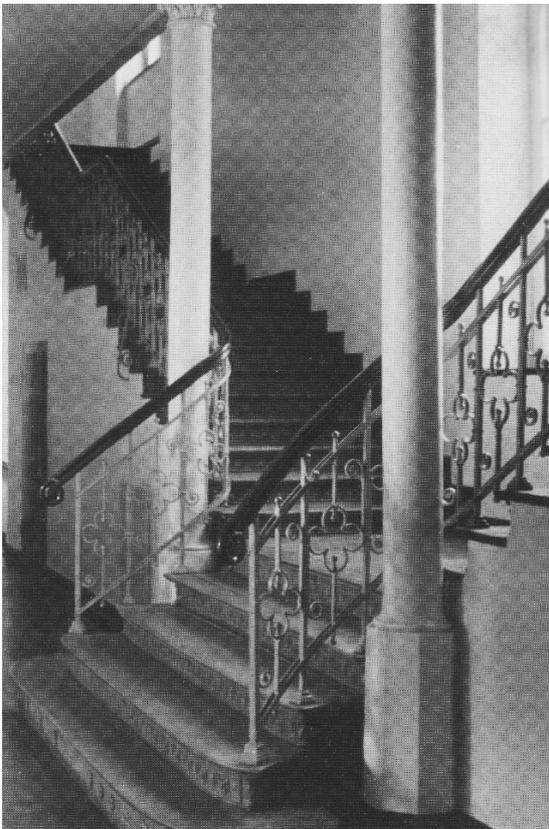
Republik eine Art Blütezeit des städtischen Realgymnasiums Hamm gewesen zu sein. So entfaltete die Schulgemeinschaft in den 1920er Jahren eine auffallende Aktivität in musischen, künstlerischen, sportlichen und anderen Bereichen, die nicht zuletzt auch ein breites öffentliches Echo fanden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang beispielhaft die 1926 erfolgte Gründung eines schulischen Rudervereins, der Betrieb einer Schulwerkstatt und die Anlage und Pflege eines Schulgartens. Ergänzt wurde dies durch Arbeitsgemeinschaften, die sich für verschiedene Fächer in den höheren Jahrgängen herausbildeten. Beginnend im Jahr 1927 wurden ferner die regelmäßigen Wangerooefahrten, bis heute eine der wichtigsten Traditionen der Schule, auf den Weg gebracht. Besonderen Anteil am Zustandekommen dieser Fahrten hatte der „Veren der Freunde des Realgymnasiums“, dessen Vorsitz seinerzeit Hubert Theis innehatte, Betriebsleiter der Hammer Drahtindustrie, heute WDI (Westfälische Drahtindustrie), und tatkräftiger Förderer der Belange der Schule. Sein Engagement war wohl auch darin begründet, dass gerade die Absolventen des Realgymnasiums ein willkommenes Reservoir künftiger Facharbeiter darstellten. Einen weiterhin hohen Stellenwert nahmen im Schulleben überdies Festlichkeiten ein, die im Rahmen weltlicher und kirchlicher Gedenk- bzw. Feiertage ausgerichtet wurden. Waren dabei beispielsweise „Kaisergeburtstag“ und „Sedanstag“ der Kaiserzeit nun durch einen „Verfassungstag“ abgelöst worden, wurden die Feierlichkeiten des Kirchenjahres wie eh und je begangen, wobei man auch an Messfeiern und Prozessionen teilnahm. Besonderen Respekt erwarb sich die Schule hierbei in der öffentlichen Wahrnehmung durch

die nicht nur im Rahmen von Feierlichkeiten stattfinden Auftritte des Schulchores und des Schulorchesters sowie Aufführungen von Theatergruppen der Schule. Um diese zu einem Erfolg zu machen, brachten Lehrer wie Schüler außerordentlich viel Zeit und Mühe auf. In ganz besonderer Weise galt dies für die Weihnachtsfeiern, die zur damaligen Zeit ein Charakteristikum der Schule darstellten und bei der Elternschaft wie der übrigen Bevölkerung auf reges Interesse stießen. Das heute jährlich von der Schule ausgerichtete Weihnachtskonzert ist in der Tradition dieser Feiern zu sehen. Die mannigfaltigen außerunterrichtlichen Veranstaltungen und Unternehmungen der Schule wie auch ihre Umwandlung in ein Realgymnasium zeigen sie nicht zuletzt als Spiegel der Weimarer Zeit. Diese war eben nicht allein von ideologischer Radikalität, politischer Instabilität und wirtschaftlicher Not bestimmt, sondern auch eine Zeit neuer Ideen, Experimentierfreudigkeit und Aufbruchsstimmung, und dies gerade auch im Bildungssektor.

Die Entwicklung des Hammer Realgymnasiums nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 war, wie für die meisten anderen Schulen in Deutschland auch, bis zum Ende der NS-Zeit bzw. Kriegsende 1945 davon bestimmt, dass im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten das Niveau der vermittelten Schulbildung beständig abnahm. Dies entsprach nicht zuletzt dem Willen der Machthaber. Das nationalsozialistische Bildungsideal war, in unmissverständlicher Abkehr von allen christlich-humanistischen Traditionen, der für Führer und Ideologie bedingungslos eintretende Mensch, dessen Gewissen ausschließlich dem Wohl der „Volksgenossen“ verpflichtet war, und der seine körperliche Ertüchtigung weit

über die Aneignung intellektueller Fähigkeiten stellte. Im Stile aller totalitären Ideologien war auch der Nationalsozialismus darauf bestrebt, seinen uneingeschränkten Einfluss auf alle gesellschaftlichen Bereiche, insbesondere auch den der Bildung, auszudehnen. Auch für das Realgymnasium blieb es daher nicht bei Äußerlichkeiten wie der Umbenennung der Hohen Straße, die von 1933 bis 1945 Göringstraße hieß, sowie der Einführung von Hitlergruß und Fahnenappellen, bei denen das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied gesungen wurden. So fanden Inhalte der NS-Ideologie über die Lehrpläne verstärkt Eingang in den Unterrichtsalltag, insbesondere in Form von Rassenkunde und Vererbungslehre sowie der Aufwertung des Sportunterrichts, ohne dass es dabei allerdings zu einer völligen Verdrängung hergebrachter gymnasialer Lehrinhalte gekommen wäre. Unzweifelhaft gegen die klassische Bildung an höheren Schulen gerichtet war hingegen die vom Reichsbildungsminister 1936 angeordnete und zum Schuljahr 1937/38 in Kraft getretene Verkürzung der Schulzeit für Schüler höherer Schulen von 13 auf 12 Jahre, womit dort die Untersekunda, also das 10. Schuljahr, wegfiel – eine Maßnahme, die insbesondere die Überzeugung der Nationalsozialisten dokumentiert, dass militärische Ausbildung wichtiger als Schulbildung sei. Darüber hinaus wurde 1937 bestimmt, dass Realgymnasien und Oberrealschulen fortan Oberschulen hießen. Im gleichen Jahr entschied der Hammer Oberbürgermeister Erich Deter, der NSDAP-Mitglied war, ganz im Sinne der Zeit ohne Hinzuziehung anderer Instanzen, dass das vormalige Realgymnasium nun in „Graf-Adolf-von-der-Mark-Schule“, also nach dem Stadtgründer Hamms, umzubenennen war. In der Schule selbst stieß dieser Vorgang auf Ablehnung.

Wichtig war ferner, dass der Großteil der Schülerschaft im Laufe der Jahre Mitglied von NS-Jugendorganisationen wie dem Jungvolk oder der Hitlerjugend wurde. Als Konsequenz daraus wurde nicht nur über die Schüler verstärkt nationalsozialistische Gesinnung in die Schule getragen, aus Sicht der Schule stellte vor allem der Umstand, dass diese Organisationen außerhalb des Unterrichts sehr viel Zeit der Schüler beanspruchten, ein Problem dar. Es konnten daher weniger Hausaufgaben aufgegeben werden, darüber hinaus kamen viele der außerunterrichtlichen Aktivitäten, die von den Nationalsozialisten ohnehin argwöhnisch betrachtet wurden, allmählich zum Erliegen. Selbst die Durchführung aufwendig vorbereiteter Weihnachtsfeiern brach in der NS-Zeit nun ab.



*Der Treppenaufgang im Schulgebäude an der Hohen Straße.*

Litt also die Qualität schulischer Ausbildung unter dem Einfluss des Nationalsozialismus, wurde diese durch den 1939 einsetzenden Zweiten Weltkrieg zusätzlich stark beeinträchtigt, da nun auch die eigentliche Unterrichtszeit immer weiter zusammenschumpfte. So wurden mit Kriegsbeginn 12 der damals insgesamt 18 Lehrer umgehend zur Wehrmacht eingezogen. Die Schüler wiederum waren nun in der Schule zunehmend mit Luftschutztätigkeiten beschäftigt, wurden – unter Aufsicht von Lehrkräften – aufgrund des immer prekärer werden Arbeitskräftemangels zu verschiedenen weiteren Hilfsdiensten herangezogen und zudem als Luftwaffenhelfer ausgebildet. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass nun zuweilen Unterrichtsstunden in Flugabwehrstellungen stattfanden. Schließlich ist zu bemerken, dass viele Schüler von der Schule genommen wurden, um im Zuge der Kinderlandverschickung in sichereren ländlichen Gebieten eine Lehranstalt zu besuchen. Seit dem ersten Luftangriff auf Hamm Mitte 1940 wurde die Stadt immer wieder Opfer alliierter Bomberverbände, die sich auf die im Westen der Stadt gelegene Industrie sowie den Hauptbahnhof konzentrierten. Diese Angriffe kosteten viele Menschenleben und richteten schwere Zerstörungen an. Während der ständig wiederkehrenden Fliegeralarme musste der Unterricht unterbrochen und von Lehrern und Schülern im Luftschutzkeller der Schule Zuflucht gesucht werden. Dass unter den genannten Umständen kaum noch von einem regulären Schulbetrieb gesprochen werden konnte, liegt auf der Hand. Allein bis 1943 waren ferner bereits 62 ehemalige Schüler der Schule an der Front gefallen oder verwundet worden. Tragisch war auch der Tod zweier Luftwaffenhelfer der Schule, 15 und 16 Jahre alt, die bei einem Fliegerangriff

1944 in der Nähe einer Flakstellung zusammen mit anderen Dienstverpflichteten ums Leben kamen. An diese beiden Schüler erinnert heute im Bereich des Haupteingangs der Schule eine Gedenktafel. Als schließlich am 19.9.1944 das Schulgebäude schwer getroffen wurde und weitgehend ausbrannte, musste der Unterricht eingestellt werden.

Welche Haltung nahmen der Lehrkörper und die Schülerschaft in der Zeit von 1933 bis 1945 gegenüber dem Nationalsozialismus ein? In der Festschrift zum einhundertjährigen Bestehen der Schule schreibt Dr. Franz Hollenhorst, die Anstalt habe seinerzeit in Hamm als „schwarze Schule“ gegolten. Schwarz war das Erkennungsmerkmal des politischen Katholizismus, sodass mit dieser Formulierung zum Ausdruck gebracht werden soll, dass die Schule weiterhin christlich, vor allem katholisch, ausgerichtet geblieben sei und der Nationalsozialismus, der sich insbesondere damit schwertat, im katholischen Milieu Fuß zu fassen, am Institut keinen beherrschenden Einfluss habe ausüben können. Wenngleich die Schule also 1922 formal ihren konfessionellen Charakter aufgeben musste, habe für die Schulgemeinschaft doch weiterhin, auch nach 1933, das christliche Weltbild im Mittelpunkt gestanden. Tatsächlich spricht das Milieu, aus dem Lehrer wie Schüler stammten, für eine solche Einschätzung. Auch ist festzustellen, dass die Mitgliedschaft vieler Schüler in NS-Organisationen auf den Druck zurückzuführen ist, den diese auf die Elternschaft ausübten. Ab 1936 wurde die Mitgliedschaft in der Hitlerjugend sogar verpflichtend. Umgekehrt fällt auf, dass bereits im Schuljahr 1933/34 215 von 317 Schülern in nationalsozialistischen Jugendverbänden organisiert waren. Diese Zahlen stellen ein Indiz dafür dar, dass die Ideen des Nationalsozialismus bei vielen Schülern

und deren Eltern durchaus positiv aufgenommen wurden. Sicher ist hingegen, dass sich, ungeachtet des allmählichen Verbots aller nichtnationalsozialistischen Jugendorganisationen, an der Schule bis zu deren Zerstörung eine aktive Gruppe des Bundes Neudeutschland, der der katholisch orientierten Jugendbewegung zuzurechnen war, hielt. Erst während des Krieges sah sich diese Gruppierung massiven Repressionen ausgesetzt. Mehrere ihrer Mitglieder, die man offenbar als Anführer dieser Gruppe betrachtete, wurden zweitweise verhaftet, einigen von diesen wiederum wurde das Ablegen der Abiturprüfung verweigert.

Hier und da waren auch Lehrer der Schule Mitglieder in NS-Verbänden, doch scheint sich keiner von ihnen, trotz einiger Sympathien für den Nationalsozialismus, übermäßig stark für diesen eingesetzt zu haben. Bei aller Vorsicht, mit der der Prozess der Entnazifizierung zu sehen ist, spricht dafür auch, dass eine ganze Reihe Lehrkräfte auch über 1945 hinaus an der Schule verblieben und anscheinend niemand dauerhaft seines Dienstes enthoben wurde. So lassen sich für den Wiederbeginn des Unterrichts im Jahr 1946 die Namen von allein 14 Lehrkräften feststellen, die auch schon vor 1944 an der Schule unterrichtet hatten. Im Unterricht bemühten sich die meisten Lehrer während der NS-Zeit offenbar um eine Art vorsichtige Distanz zum Nationalsozialismus, indem sie dessen Positionen unter den Tisch fallen ließen bzw. indirekt in Zweifel zogen. Sie versuchten also anscheinend, eine Mittellinie zwischen Unangepasstheit und Konfrontationsvermeidung zu finden. Wiederholt von der lokalen NSDAP angegangen wurde Wilhelm Ellbracht, Studienrat für die Fächer Deutsch, Englisch und Französisch und seit 1923 an der Schule tätig, der in der Weimarer

Zeit in Hamm als engagierter Politiker der katholischen Zentrumspartei mit den lokalen Nationalsozialisten mehrfach aneinandergeraten war. Schlimmer erging es dem damaligen Schulleiter Johannes Junker, der bereits seit 1924 an der Spitze der Schule stand. Junker, ein anspruchsvoller, streitbarer und zuweilen offenbar auch eigenwilliger Rektor, stand aufgrund seiner katholischen Sozialisation dem Nationalsozialismus grundsätzlich ablehnend gegenüber. Zwar versuchte er sich und die Schule mit den neuen Machthabern zu arrangieren, ließ im Unterricht und in Konferenzen jedoch wiederholt mehr oder weniger direkt seinen Widerwillen gegenüber der NS-Ideologie erkennen. Zusehends verstärkt gingen die Behörden daher gegen ihn vor, bis er, offenbar nach der Denunziation durch einen Schüler und wegen politischer Äußerungen, im Jahr 1941 seines Dienstes enthoben und vor Gericht gestellt wurde. Dieser Prozess verlief zwar aufgrund der mangelhaften Beweislage nach zwei Jahren im Sande, doch wurde Junker 1943 vorläufig in den Ruhestand versetzt. Nach gesundheitlichen Problemen starb er schließlich kurz vor Kriegsende im März 1945.

Im März 1946 nahm das vormalige Realgymnasium gemeinsam mit den anderen höheren Schulen Hamms den Schulbetrieb wieder auf. Da der während des Krieges beschädigte Schulraum noch nicht wiederhergestellt war, bezog das ehemalige Realgymnasium mit der ehemaligen Oberrealschule, dem städtischen Gymnasium und der höheren Mädchenschule die im Osten der Stadt gelegene Infanteriekaserne Lindenallee als Notquartier. Da auch dort der zur Verfügung stehende Raum im Grunde nicht ausreichte, wurden die Schüler von je zwei Schulen vormittags bzw. nachmittags unterrichtet. Das frühere

Realgymnasium und die vormalige Oberrealschule wurden dabei vorläufig zu einer Schule zusammengelegt, die nun der bisherige Rektor der Oberrealschule, Dr. Friedrich Hirzebruch, leitete. Diese Einrichtung trug ab 1946 die Bezeichnung „städtische Oberschule für Jungen“, die dann zum Schuljahr 1949/50 in „städtisches mathematisch-naturwissenschaftliches und neusprachliches Gymnasium für Jungen“ umgewandelt wurde. Die Umstände, unter denen damals unterrichtet wurde, waren äußerst widrige. Es fehlte zunächst fast völlig an Schulausstattung und Lehrmaterialien, hinzu kam die ausgesprochen schlechte Versorgung der Menschen mit dem Notwendigsten – Essen, Kleidung, Heizkohle – und die Heranziehung auch der Schüler zu Aufräumarbeiten.

Kurz nach Wiederbeginn des Unterrichts ging 1946 mit Pfarrer Paul Bast eine Lehrkraft des ehemaligen Realgymnasiums in den Ruhestand, die über mehr als drei Jahrzehnte hinweg den Weg der Schule mit großem Einsatz begleitet hatte und sicherlich zu den herausragendsten Persönlichkeiten ihrer Geschichte zählt. Nachdem der 1881 geborene Paul Bast, den die Schüler „Pfarrer Bast“ nannten, als Lehrer für die Fächer Geschichte, Hebräisch und katholische Religion 1911 an die Schule gekommen war, wurde er bereits 1915, also im Alter von 34 Jahren, deren Leiter. Die Funktion des Schulleiters musste er 1922 bei der Umwandlung der Lehranstalt in eine städtische Schule als Geistlicher abgeben, doch wirkte er, nunmehr als Studienrat, bis zum Ende des Schulbetriebs 1944 weiter an ihr, um dann noch ihr Wiederaufleben nach dem Krieg als aktiver Lehrer mitzuerleben. Es war offenbar nicht zuletzt auch der Protektion Pfarrer Basts zu verdanken, dass sich die erwähnte neudeutsche Jugendgruppe so lange an der Schule halten konnten.

Bezeichnend für Pfarrer Bast, dem in Hamm große Wertschätzung entgegengebracht wurde, ist ferner, dass er sich nach seiner Pensionierung weiter in der Arbeit in der St.-Agnes-Gemeinde einbrachte. Pfarrer Bast starb 1973 im Alter

noch bis 1956 bzw. 1960 ausharren mussten, bevor sie in entsprechende Neubauten umziehen konnten.

Das neusprachliche Gymnasium hatte nach dem Krieg zunächst Schwierigkeiten, an frühere Hochzeiten anzu-



*In den Jahren nach 1945 wurden die Kriegsschäden am Schulgebäude in der Hohen Straße behoben.*

von 91 Jahren.

Zum 1. April 1951 trennten sich wieder die Wege von früherem Realgymnasium und früherer Oberrealschule. Als „städtisches neusprachliches Gymnasium“ kehrte Ersteres mit 294 Schülern wieder in das Gebäude an der Hohen Straße zurück, dessen Grundmauern das Kriegsende überdauert hatten und das nun wieder instand gesetzt war. Allerdings waren in der Schule wegen der andauernden Raumnot vorläufig auch noch andere Benutzer untergebracht. Ebenfalls 1951 konnte auch die höhere Mädchenschule ihre angestammten Räumlichkeiten wieder einnehmen, wohingegen das städtische Gymnasium und das spätere Freiherr-vom-Stein-Gymnasium

knüpfen, stagnierte doch bis zur Mitte der 1960er Jahre die Schülerzahl bei etwa 300. Hinzu kam, dass die Schule ab 1953 in eine Auseinandersetzung verstrickt wurde, die als „Sextanerstreit“ bzw. „Sextanerkrieg“ in die Geschichte des Instituts eingegangen ist. Der überzogen anmutende Begriff „Sextanerkrieg“ ist dabei auf die Länge und Schärfe zurückzuführen, mit der der Konflikt ausgetragen wurde. Auslöser der Kontroverse waren heftige Beschwerden von Eltern darüber, dass ihre Kinder, die sie am neusprachlichen Gymnasium angemeldet hatten, von der Stadt als Schulträger anderen Hammer Gymnasien zugewiesen wurden, da die Kapazitäten der Schule in ihren Augen nicht ausreichten, um dort zwei- bzw.

mehrzügig zu unterrichten. Die betroffenen Eltern und die Schule forderten hingegen, dass das Gymnasium dann vom Schulträger, insbesondere über die Erweiterung des Unterrichtsraumes, mehr Unterstützung erfahren müsse, statt dass Schüler gegen den Elternwillen auf andere Lehranstalten verteilt wurden. Aus Sicht der Stadt waren entsprechende Maßnahmen dagegen nicht finanzierbar. In dieser Situation gerieten nun Schulträger und Schulaufsicht schwer aneinander, da letztere gegen den Willen der Stadt der Schule die Einrichtung zweizügiger Jahrgänge gestattete. Hierüber kam es zwischen beiden Parteien zu einem langjährigen Rechtsstreit, der bis vor das Bundesverwaltungsgericht in Berlin ging und dort im Jahr 1966 zugunsten der Schulaufsicht entschieden wurde. Schon zuvor hatte aber offenbar auf Seiten der Stadt ein Umdenken gegenüber dem neusprachlichen Gymnasium eingesetzt. War nämlich die frühere Weigerung des Schulträgers, die Schule auszubauen, sicherlich auch auf die Geburtenschwäche der unmittelbaren Jahrgänge nach Kriegsende zurückzuführen gewesen, so wurde man jetzt der steigenden Geburtenraten gewahr, die in der Bundesrepublik Deutschland in der Mitte der 1950er Jahre einsetzten und bis zum Ende der 1960er Jahre anhalten sollten. Vor diesem Hintergrund erschien es sinnvoll, das neusprachliche Gymnasium in die Lage zu versetzen, dauerhaft mehr Schüler aufnehmen zu können. Tatsächlich begann die Schülerzahl an der Schule im Laufe der 1960er Jahre deutlich zu steigen. Dieser Anstieg war jedoch nicht allein mit den geburtenstarken Jahrgängen zu erklären. Eine bedeutende Rolle spielte auch, dass sich in dieser Zeit das politische und gesellschaftliche Klima in Westdeutschland grundlegend zu wan-

deln begann. Die Elterngeneration, alt-hergebrachte Normen und Werte sowie Religion und Kirche wurden zunehmend kritisch hinterfragt, zugleich wurden die Forderungen nach einer breiteren Beteiligung der Bevölkerung an demokratischen Entscheidungsprozessen immer lauter. Sichtbarer Ausdruck dieser Veränderungen war, dass die SPD ab 1966 erstmals an der Bundesregierung beteiligt war, um ab 1969 sogar zum ersten Mal den Bundeskanzler zu stellen. Hinsichtlich des Bildungssektors bzw. der staatlichen Interventionen auf diesem bedeutete diese Entwicklung, deutlich mehr Kindern aus der Mittel- und Unterschicht den Weg zu höheren Schulen und damit auch zu einem Studium zu ermöglichen. Angenommen wurde, dass ein höheres Bildungsniveau der Gesellschaft deren Demokratisierung Vorschub leisten würde und daneben eine höhere Qualifikation kommender Generationen notwendig sei, um den Ansprüchen einer zunehmend differenzierten Arbeitswelt im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft gerecht zu werden und den Wohlstand dauerhaft zu sichern: Durch „Bildungsexpansion“ sollte dem „Bildungsnotstand“ begegnet werden.

Am neusprachlichen Gymnasium entschied man sich frühzeitig, diesen Wandlungen Rechnung zu tragen. So wurde bereits 1964 an der Schule ein Zweig etabliert, der Absolventen von Realschulen zum Abitur führen sollte. Dieser Weg wurde später fortbeschritten, indem man ab 1972 auch Schüler aufnahm, die zuvor einen Haupt- oder Fachoberschulabschluss erworben hatten. Zu dieser Zeit begann also das Profil Gestalt anzunehmen, das für die Schule bis in die Gegenwart charakteristisch ist, nämlich Seiteneinsteigern anderer Schulformen den Erwerb der Hochschulreife zu ermöglichen.

Unausweichlich war unter den genannten Umständen, dass der Schule deutlich mehr Platz zur Verfügung gestellt wurde. Bereits seit 1962 befand sich die Schule mit der Stadt in Verhandlungen über einen Neubau, die sich aber, nicht zuletzt wegen der Suche nach einem geeigneten Standort, zunächst hinzogen. Schließlich entschied man sich für ein Gelände am Friedrich-Ebert-Park. Vorteile sah man dabei in der dort vergleichsweise reichhaltig zur Verfügung stehenden Fläche und der Nähe zu Grünanlagen. Nachdem 1972 das Richtfest stattgefunden hatte, begann mit dem Schuljahr 1973/74 der Unterricht im Neubau, der zu zwei Dritteln vom Land finanziert worden war und im November 1973 nun auch feierlich eingeweiht wurde. Der Bau selbst war zweckmäßig orientiert, was sich unter anderem darin äußerte, dass das Gebäude im Bedarfsfall um weitere Anbauten erweitert werden konnte – eine Option, von der dann später in der Tat auch Gebrauch gemacht werden sollte. Der neue Standort brachte nicht zuletzt mit Blick auf die Zusammensetzung der Schülerschaft nachhaltige Änderungen mit sich, da nun der Anteil evangelischer Schüler sowie von Schülern aus zuvor bildungsfernen Schichten und aus Einwandererfamilien nachhaltig wuchs – heute ist das MGH schon seit Jahrzehnten das Hammer Gymnasium mit dem höchsten Ausländeranteil. Hinzu kam, dass die Schule ab 1973 offiziell zur Koedukation überging, nachdem schon im Zuge des 1964 eingerichteten Aufbauzweiges für Realschüler die ersten Mädchen an die Schule gekommen waren. Mit dem Umzug in die Wilhelm-Liebknecht-Straße 11 scheint zudem die Wanderung der Schule durch das Hammer Stadtgebiet ihr Ende gefunden zu haben.

Bereits einige Jahre vor ihrer Übersiedlung hatte die Schule 1967 ihr 100-

jähriges Bestehen gefeiert. Dieses Jubiläum wurde mit Festveranstaltungen, Konzerten, Aufführungen und einer Festschrift begangen. Ebenfalls 1967 sprach sich das Kollegium der Schule dafür aus, dass diese künftig „Märkisches Gymnasium“ heißen sollte. Dieser Entschluss fiel in eine Zeit, in der es Gewohnheit wurde, Schulen Eigennamen zu geben, um auf ihren besonderen Charakter bzw. ihr individuelles Bildungsprogramm hinzuweisen. In gewisser Weise knüpfte man mit dem Vorschlag an den Namen „Graf-Adolf-von-der-Mark-Schule“ an, den die Schule von 1937 bis 1944 getragen hatte. Nach dem Krieg tauchte dieser Name, neben verschiedenen anderen Anregungen zur Schulbenennung, auch wieder auf. Skepsis wurde ihm entgegengebracht, weil er Bezug zur einer historischen Persönlichkeit herstellte, die bildungsgeschichtlich keine besondere Relevanz besaß. Zudem wurde auf die wegen seiner Länge geringe Praktikabilität verwiesen. Daher kam der Gedanke auf, die Bezeichnung „Märkisches Gymnasium“ zu verwenden, um besonders auf den historischen Raum, in den die Schule eingebettet ist – das Gebiet der früheren Grafschaft Mark –, aufmerksam zu machen. Von der Idee bis zu ihrer Umsetzung dauerte es jedoch Jahre, da der Name zunächst einer von mehreren Vorschlägen blieb und sich dann offenbar vor allem wegen seines Kompromisscharakters durchzusetzen vermochte. Einen endgültigen Beschluss in dieser Angelegenheit fasste der Stadtrat erst im Februar 1970. Fortan lautet der Name der Schule damit: „Märkisches Gymnasium. Städtisches Neusprachliches Gymnasium und Gymnasium in Aufbauform für Realschulabsolventen“. Auch wenn es in der Region zwei weitere Märkische Gymnasien gibt (Iserlohn und Schwelm), kann die Namenswahl doch im Vergleich zu den

meisten anderen Schulen als Merkmal angesehen werden, das zum individuellen Gepräge der Schule beiträgt. Darüber hinaus hat er sich im Sprachgebrauch der Hammer Bevölkerung durchgesetzt, in der man vom „Märkischen“ bzw. „MGH“ spricht.

In den 1970er Jahren war an der Schule ein weiteres Mal ein deutlicher Anstieg der Schülerzahlen zu verzeichnen. Zur Mitte des Jahrzehnts wurde dabei dabei erstmals die Marke von 1.000 Schülern überschritten. Wieder einmal fehlte es an Unterrichtsraum, zusätzlich machte sich nun jedoch auch ein empfindlicher Mangel an Lehrkräften bemerkbar, der in nicht geringem Maße zu Unterrichtsausfall führte. Darüber hinaus musste die Schule, wie andere Gymnasien in dieser Zeit auch, die Oberstufenreform meistern. Im Rahmen eines Kurssystems wurde nun das Prinzip eines verbindlichen Fächerkanons aufgegeben und den Schülern die Möglichkeit eröffnet, gemäß Fähigkeiten und Interesse selbstständig Schwerpunkte zu setzen. Abgesehen von Religionslehre und Sportunterricht wurden die Fächer in drei Aufgabenfelder eingeteilt, Grund- und Leistungskurse eingeführt sowie Klassen durch Tutorien ersetzt. Nachdem bereits mit dem Hamburger Abkommen der Ministerpräsidenten von 1964 für höhere Schulen einheitlich die Bezeichnung „Gymnasium“ galt, entfiel diesbezüglich nun auch die Differenzierung nach humanistischen, neu-sprachlichen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Instituten.

In den Schuldebatten der 1980er Jahre wurde der Bestand der Schule in ihrer bisherigen Form in Frage gestellt. So wurde im Zuge der seinerzeit intensiv geführten Auseinandersetzungen über die vermehrte Einrichtung von Gesamtschulen, bzw. die verstärkte Überfüh-

rung bestehender Schulen in solche, gelegentlich angeregt, das Märkische Gymnasium, eventuell auch unter Einbeziehung der benachbarten Friedrich-Ebert-Realschule, in eine Gesamtschule umzuwandeln. Der damalige Schulleiter Erwin Menne, seit 1980 im Amt, befand sich diesbezüglich in einem Interessenkonflikt, da er einerseits der SPD angehörte, die das Gesamtschulkonzept entschieden unterstützte, andererseits aber dafür eintrat, das „Märkische“ als Gymnasium weiterzuführen, wobei er in seinem Handeln auch von der Schulgemeinde starke Unterstützung erfuhr. Durchaus offen hatte dagegen Mennes Vorgänger Dr. Anton Lübbering, ebenfalls SPD-Mitglied, der Umwandlung des Instituts in eine Gesamtschule gegenübergestanden. Deutlich entschärft wurden die Diskussionen dann aber dadurch, dass sich im Laufe der Jahre das Angebot an weiterführenden Schulen, auch im Hinblick auf Gesamtschulen, in Hamm deutlich erweiterte. So existieren mittlerweile neben dem Galilei-Gymnasium in Bockum-Hövel, das als Ableger des Gymnasium Hammomense entstand und seit 1971 eigenständig ist, in Gestalt der Sophie-Scholl-Gesamtschule – ebenfalls in Bockum-Hövel – sowie der Friedensschule in Hamm-Mitte auch zwei Lehranstalten des neueren Schultyps. Zusätzlich ist festzustellen, dass der Streit über das Gesamtschulmodell in den zurückliegenden Jahrzehnten zunehmend von anderen Kontroversen über die Zukunft von Schule überlagert und in den Hintergrund gedrängt wurde. Vereinzelt Stimmen schließlich, die später die Einrichtung einer Gesamtschule für die Stadtteile Herringen und Pelkum forderten, gingen aufgrund der vielen erfolgreichen Schulkarrieren, die Realschulabsolventen in der Oberstufe des MGH

durchliefen und durchlaufen, ihrer zentralen Argumente verlustig.

Charakteristisch ist auch für das Märkische Gymnasium, das im Verlauf der Jahrzehnte nach 1945 versucht wurde, eine verstärkte Mitsprache und Mitwirkung der Eltern wie der Schüler am Schulleben zu institutionalisieren. Die frühere „Schülermitverwaltung“ (SMV) heißt dabei heute „Schülervertretung“ (SV) und hat sich als Organ, das Schülerinteressen vertritt und formuliert, bewährt. Gleiches gilt für die von den Eltern beschickte Schulpflegschaft sowie für die Schulkonferenz, an der unter anderem Eltern- und Schülervertreter beteiligt sind. Als weitere signifikante Entwicklungen am MGH seit den 1970er und 1980er Jahren sind die Einrichtung einer Hausaufgaben- bzw. Lernhilfe 1971, die mittlerweile traditionelle Aushändigung von künstlerischen Abiturgaben ab 1981, die Einführung eines Schülerbetriebspraktikums 1984 und das Angebot von Sport-Leistungskursen anzuführen. Letzteres stellt dabei ein Resultat kurzzeitiger Überlegungen dar, die Schule in ein Sportgymnasium umzuwandeln. Gute Gewohnheit geworden sind am Märkischen Gymnasium zudem die ebenfalls in dieser Zeit etablierten Skifreizeiten sowie die „Schnupper-“ und Begrüßungsnachmittage für angehende Fünftklässler. Eine bedeutende Veränderung war darüber hinaus, beginnend mit den 1980er Jahren, der allmähliche Abbau des Samstagsunterrichts. Schließlich stieg in den zurückliegenden Jahrzehnten der Anteil weiblicher Lehrkräfte im Kollegium deutlich. Zwar hatte es schon im Schuljahr 1917/18 erstmals eine Lehrerin an der Schule – damals noch der Rektoratsschule – gegeben, doch dauerte es bis weit in die Nachkriegszeit, bis hinsichtlich der Geschlechterzusammensetzung des Lehr-

körpers auch am MGH ein unverkennbarer Wandel zu beobachten war. Heute liegt der Frauenanteil inzwischen bei etwa der Hälfte.

Überblickt man die ersten 125 Jahre der Geschichte des Märkischen Gymnasiums, fällt auf, dass, auch im Vergleich zu anderen Schulen, der Weg der Schule in auffälligem Maße von Veränderungen geprägt gewesen ist – mithin geradezu von einer Tradition des Wandels gesprochen werden kann. Besonders ins Auge fallen dabei zwei Phasen des Umbruchs. Zum einen sind die 1920er Jahre zu nennen, in denen die Schule zu einem vollwertigen Gymnasium heraufgestuft wurde, die Schülerzahlen deutlich zunahmten und ein Standortwechsel bzw. ein Neubau des Schulgebäudes erfolgte. Diesbezügliche Parallelen sind für die zweite Periode im Übergang zu den 1970er Jahre zu beobachten. Auch damals wechselte die Schule den Standort und bezog einen neu errichteten Gebäudekomplex. Nicht zuletzt deshalb, wegen der in dieser Zeit eingeführten Koedukation und aufgrund der gezielten Öffnung für Schüler, die nach dem Besuch der Grundschule zunächst nicht Gymnasien besuchten, veränderten sich Zusammensetzung und Größe der Schülerschaft nachhaltig. Unübersehbar sind dabei die Bezüge zu den gesellschaftspolitisch bewegten Zeiten, in die beide Phasen jeweils eingebettet waren. Wie sehr Schulen die jeweilige Gesellschaftsformation widerspiegeln, deren Teil sie sind, verdeutlicht die historische Entwicklung des Märkisches Gymnasiums in besonders eindringlicher Weise. Auf der anderen Seite besitzt der Begriff der Tradition für die Schule durchaus auch hinsichtlich seiner enger gefassten Bedeutung Relevanz. So lassen sich zweifellos für das Märkische Gymnasium Merkmale feststellen, die über die Jahrzehnte sowie die Änderungen, die jene

mit sich brachten, hinweg das Wesen der Schule kennzeichneten. Zum einen ist dabei ihre Entstehung und Verwurzelung in einem christlichen Umfeld herauszustellen, womit insbesondere auch zusammenhängt, dass sich die Schule von jeher als Anlaufpunkt für Schüler verstand, die aus Schichten und Familien stammten, in denen das Einschlagen eines Bildungsweges, der zu höheren Schulabschlüssen bzw. bis zur Hochschulreife führte, alles andere als selbstverständlich war. Zum anderen ist die Fähigkeit der Schule, Krisen zu überste-

hen und Neuerungen nicht nur zu meistern, sondern sie bereitwillig anzugehen, zu betonen. Entschlossenheit in der Umsetzung von Bildungszielen, auf die man sich gemeinsam verständigt hat, sowie Gelassenheit in der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, die anstehen, sind somit Schlussfolgerungen, die aus der Beschäftigung mit der Geschichte des Märkischen Gymnasiums zu ziehen sind. Es ist an den gegenwärtigen und künftigen Menschen, die an ihm wirken, sich dies zu Herzen zu nehmen.

### **Die Schulleiter des Märkischen Gymnasiums und seiner Vorgängereinrichtungen (1867-2017)**

1867-1883: Heinrich Lohre (\*1839 †1888)

1883-1886: Ernst Schulte (1851\* †1915)

1886-1895: Dr. Josef Brockhoff (\*1850 †1935)

1895-1905: Joseph Nolte (\*1868 †1934)

1905-1911: August Lücken (\*1873 †1928)

1911-1915: Dr. Eduard Busse (\*1881 †1957)

1915-1922: Paul Bast (\*1881 †1973)

1922-1924: Dr. Stephan Heibges (\*1888 †1938)

1924-1941: Johannes Junker (\*1881 †1945)

1941-1944: Dr. Heinrich Drenkelfort (\*1884 †1963) (kommissarisch)

1946-1947: Wilhelm Hartkamp (\*1886 †1963) (kommissarisch)

1947-1951: Dr. Friedrich Hirzebruch (\*1886 †1970)

1951-1952: Dr. August Kropp (\*1892 †1966) (kommissarisch)

1952-1967: Dr. Franz Meerpohl (\*1901 †1977)

1967-1980: Dr. Anton Lübbering (\*1915 †1984)

1980-1994: Erwin Menne (\*1931)

1994-2009: Dr. Hanns-Michael Sennewald (\*1943)

2009: Dr. Friedrich Mayer (kommissarisch) (\*1959)

2009-2014: Ursula Möhrle (\*1949)

2014-2015: Herbert Herden (kommissarisch) (\*1958)

ab 2015: Florian Rösner (\*1958)